

11. Januar 1949

An den
parlamentarischen Rat in Bonn
B o n n

In der Anlage übersenden wir Ihnen eine Resolution die von dem Gesamtbetriebsrat der Fa. Henschel & Sohn aus Protest gegen die seinerzeit gefällte Entscheidung des parlamentarischen Rates in Bonn, wegen der Ablehnung der Gleichberechtigung der Frau, verfaßt wurde.

1 Anlage

Der Betriebsrat der
Fa. Henschel & Sohn G.m.b.H.

Klaus Henschel

Stiftung

Archiv der deutschen
Frauenbewegung

11. Januar 1949

Resolution!

Der Gesamtbetriebsrat der Firma Henschel & Sohn G.m.b.H., Kassel, als Vertreter von 9000 schaffenden Menschen erhebt hiermit schärfstens Protest gegen die Entscheidung des parlamentarischen Rates in Bonn, die Gleichberechtigung von Mann und Frau außer Kraft zu setzen. Wir berufen uns mit diesem Protest auf Artikel 1 der hessischen Verfassung. Wir protestieren weiterhin gegen die Diskriminierung der Mitbestimmungsrechte der Frau an den Geschehnissen in unserem Restdeutschland.

Begründung.

Die Entscheidung des parlamentarischen Rates schneidet eine Frage von eminenter Bedeutung und Tragweite für unser gesamtes privates, berufliches und staatspolitisches Leben an, das in den Reihen der schaffenden Menschen ganz gleich ob Mann und Frau den größten Widerspruch ausgelöst hat.

Zur Ehre der Frau muß gesagt werden, daß sie in 5 1/2 Kriegs- und schwierigsten Nachkriegsjahren unter Beweis gestellt hat, daß sie unbedingt gleichwertig neben dem Manne zu ehren und zu werten ist. Wir können nicht verstehen, daß ein Gremium wie der parlamentarische Rat in Bonn wirklich noch ernsthaft glaubt, man könne der neuen, bitter genug errungenen seelisch und materiellen Selbständigkeit der Frau mit den verstaubten Paragraphen eines überholten Gesetzbuches entgegenreten. Haben wir nicht im parlamentarischen Rat Frauen, die an geistigem und überragendem Können manchen Parlamentarier in den Schatten stellen? Hat man in Bonn die völlig veränderte Situation der heutigen Frauen übersehen oder will man vor konkret bestehenden Tatsachen die Augen verschließen und das Weltgeschehen um 20 Jahre zurückdrehen? Glaubt der parlamentarische Rat vertreten zu können, daß eine verheiratete Frau und solche, die mit ihrer Hände Arbeit ein neues Leben aus dem Chaos aufbauen, weniger Rechte besitzen soll als ein Jüngling von 21 Jahren? Soll diesen Frauen das Recht genommen werden, ihren berechtigten Protest zu erheben, wenn das von ihr zusammen gebrachte Gut von dem Manne in seiner Selbstherrlichkeit verschleudert wird, ohne daß sie es verhindern kann? Soll der Witwe eines verschollenen oder geschiedenen Mannes weiterhin die gesetzliche Vertretung ihrer Kinder entzogen bleiben? Sieht man in der Frau nach all diesen Jahren der bitteren Erfahrung und der durchgestandenen Not ein unselbständiges urteilsloses Wesen? Will man nicht anerkennen, daß es heute in Deutschland hochintelligente, selbstbewußte Frauen gibt, die manchem Manne ein leuchtendes Vorbild an Selbständigkeit, Mut und Ausdauer sind? Woher nimmt der parlamentarische Rat in Bonn den Mut, vor allen diesen Dingen die Augen zu verschließen? Wir sind erstaunt über die fadenscheinigen Gründe, die man aus der Mottenkiste des 18. Jahrhunderts herausholte und sie dem Jahre 1949 aufpfropfen will.

Hat man in Bonn vergessen, daß es heute in Deutschland 5 Millionen Frauen gibt, die nicht durch eine Heirat versorgt werden können, die selbständiger Ernährer ihrer Familie sind, die in diesem Leben genau so ihren Mann stehen müssen wie jeder andere Mann in Deutschland? Unter Berücksichtigung dieser angeführten Tatsachen ist es weder moralisch noch sozial zu vertreten, eine solche Diskriminierung unserer Frauen anzuerkennen, wie das in der Entscheidung des parlamentarischen Rates in Bonn geschehen ist.

Wir fordern daher eine sofortige Revidierung des gefaßten Beschlusses im Sinne unserer Resolution und erwarten von dem parlamentarischen Rat eine zeitnahe, den gegebenen Verhältnissen angepasste Entscheidung, welche das große Unrecht, das an vielen Millionen Frauen in Deutschland begangen werden soll, abgeändert wird. Wir machen weiterhin darauf aufmerksam, daß es in den Händen des schaffenden Volkes liegt, ob die dort geschaffene Verfassung vom Volke angenommen und anerkannt wird. Wir werden uns als Vertreter einer großen Anzahl schaffender Menschen gegen eine Vergewaltigung unserer grundlegenden Rechte entschieden zur Wehr setzen und eine Aufklärung über die Bonner Entscheidung in die Hände der uns zur Verfügung stehenden Organisationen und Institutionen legen.

Der Betriebsrat der
Fa. Henschel & Sohn G.m.b.H.

gez. Wobbeke / gez. Fischer

Kassel, den 31. Januar 1949
Dr. Se./S.

An die

Firma Henschel & Sohn
z.Hd. Frau Luise Waldeck

K a s s e l

Sehr geehrte Frau Waldeck!

Ich danke Ihnen für das grosse Interesse der Belegschaft an der Frage der Gleichberechtigung. Die Stimmen aus Gewerkschaftskreisen waren mir in meinem Kampf besonders wertvoll, ich habe sie auch im Hauptausschuss entsprechend zitiert. Vielleicht können Sie das Interesse der weiblichen Belegschaft ~~Frau"entpre durch der Vertraggegewerkschaften der Erhaltung der~~ Leider habe ich nicht soviel Zeit, um eine Verpflichtung insoweit einzugehen, so sehr mich das auch reizen würde. Ich habe jetzt eine Reihe von Versammlungen in Grosstädten übernehmen müssen, die mir in nächster Zeit auch das Wochenende nehmen.

Nochmals Dank und freundlichen Gruss!